

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
169 · Ausgabe BE · April 2017



Ja zum Asylsozialhilfekredit

Im September 2016 hat der Grosse Rat den Asylsozialhilfekredit für die Jahre 2016 bis 2019 diskutiert und verabschiedet. Es handelt sich um einen Kredit für die vier Jahre von ca. 105 Mio. Franken. Das Geschäft wurde angenommen, alle Parteien ausser der SVP und der EDU unterstützten den Kredit. Die SVP hat darauf das Referendum ergriffen. Deshalb stimmen wir nun am 21. Mai 2017 über diesen Kredit ab.

Um was geht es? Der Bund weist den Kantonen prozentual zur Bevölkerungszahl asylsuchende Menschen zu. Für den Kanton Bern sind dies ca. 13%. Der Bund bezahlt den Kantonen dafür auch einen Pauschalbetrag pro Person. Dieser Beitrag reicht aber bei weitem nicht aus, um die Aufwendungen und Kosten, welche die Kantone haben, zu decken. Gemeinnützige Beschäftigungsprogramme, Sicherheitsleistungen, Sonderunterbringungen und vor allem die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden, UMAs genannt, benötigen wesentlich mehr Geld, als



Regina Fuhrer-Wyss,
Biobäuerin und Grossrätin,
Burgstein

der Bund zur Verfügung stellt. Die unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden, also Kinder und Jugendliche, die ohne ihre Eltern die Flucht in die Schweiz unternommen haben, müssen gemäss Kinderrechtskonvention betreut und begleitet werden und sind von Gesetzes wegen verbeiständet. Die meisten der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden werden in der Schweiz bleiben, ihre Schutzquote ist hoch und sie haben eine Langzeitperspektive für ihren Aufenthalt in der Schweiz. Die Integration ist für diese Kinder und Jugendlichen ganz zentral, sie müssen sich auf ihr Leben hier in der Schweiz einstellen. Integration ist die Voraussetzung, um später ein selbständiges und eigenständiges Leben zu führen. Dies ist nicht nur im Interesse der Betroffenen, sondern im Interesse der ganzen Gesellschaft.

Was passiert, wenn dieser Kredit abgelehnt wird? Die unbegleiteten minderjährigen AsylbewerberInnen könnten nicht mehr ihrem Alter und ihrer Schutzbedürftigkeit entsprechend speziell betreut werden, Integ-

rationsmassnahmen würden massiv gestrichen.

Es ist ein Irrglaube der SVP, dass die Kosten bei einer Ablehnung des Kredites gesenkt werden könnten. Die Kosten für eine den Betroffenen entsprechende Betreuung würden dann bei der KESB, der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, anfallen.

Wir wollen eine kinderschutzgerechte Betreuung und Begleitung und eine nachhaltige Perspektive für die UMAs in der Schweiz: Deshalb JA zum Asylsozialhilfekredit.

Nein zum Projektierungs- kredit für die Verkehrs- sanierung im Oberaargau

Am Parteitag vom 29. März beschloss die SP Kanton Bern nach intensiver Diskussion die Nein-Parole zum Strassengeschäft. Die ausführlichen Pro- und Kontra-Argumente erschienen bereits in der letzten Ausgabe des links.be. Weitere Infos auch unter www.luxusstrasse-nein.ch



«Sie haben die Mehrheit. Sie haben es nicht nötig, sich mit unseren Argumenten auseinanderzusetzen.»

SEIT JANUAR IST ELISABETH STRIFFELER PRÄSIDENTIN DER SP-FRAKTION IM GROSSEN RAT. LINKS.BE SPRACH MIT DER 58-JÄHRIGEN MÜNSINGERIN ÜBER IHRE MOTIVATION FÜR DAS AMT, DAS POLITISCHE UMFELD UND DEN BLUES.

Die SP-Mitglieder im Grossen Rat haben dich zur Fraktionspräsidentin gewählt. Im Münsinger Gemeindeparlament bist du das auch schon. Bist du eine Profi-Fraktionschefin und suchst die politische Führung?

Ich habe dieses Amt an beiden Orten nicht gesucht, sondern wurde dafür angefragt. Ich sagte zu, weil ich Lust auf die Aufgabe habe. Gerade die mit dem Amt verbundene Mitarbeit in Partei- und Geschäftsleitung reizen mich sehr. Zudem habe ich das Privileg, dass ich mir genügend Zeit für die Aufgabe nehmen kann.

Wie gelingt dir das?

Aus zeitlicher Sicht bin ich eine «Halb-Berufspolitikerin», nach der Wahl in den Grossen Rat habe ich meine 60 %-Stelle aufgegeben und auf flexiblere Mandate – etwa beim Schweizerischen Seniorenrat oder das Präsidium der Schweizerischen Gesellschaft für Gerontologie – umgestellt.

Du bist Gerontologin. Für uns Laien: Was ist das?

Gerontologie beschäftigt sich damit, wie man möglichst gesund alt wird. Als Gerontologin zeigt man beispielsweise auf, welche Schritte und Voraussetzungen nötig sind, damit alte Menschen in einem Dorf möglichst lange und selbständig daheim wohnen können.

Dein Einstieg in die Politik fand mit Mitte vierzig über Kindergarten- und Schulkommission relativ spät statt. Was packte dich damals?

Ich habe gemerkt, welche Möglichkeiten sich einem bieten, wenn man sich vernetzt engagiert. Man kann etwas bewirken. Um für die Schulkommission zu kandidieren, brauchte ich eine Partei. Da ich hier die mir wichtigen Werte wiederfinde, trat ich der SP bei und habe seither einige neue Herausforderungen angenommen.

An Herausforderungen wird es dir auch als SP-Fraktionspräsidentin im aktuellen politischen Umfeld im Kanton Bern nicht fehlen.

In der Tat. «Entlastung» – ein schönfärberischer Begriff für Leistungsabbau auf Kosten der Schwächsten – ist zur Zeit überall ein Thema. Die Bestrebung von Gesundheitsdirektor Schnegg, die Sozialhilfe unter anerkannte Richtlinien zu senken und dafür nicht einmal eine Vernehmlassung durchzuführen, ist nur ein Beispiel. Besonders stö-

ren mich dabei auch die offensichtlichen Widersprüche: Man predigt Kostenneutralität und blendet langfristig höhere Folgekosten aus. Ideologisch begründeter Abbau ist jedoch ein Bumerang für die öffentlichen Kassen.

Das gute Argument zählt nicht in der Diskussion mit bürgerlichen Politikern?

Sie haben die Mehrheit. Sie haben es nicht nötig, sich mit unseren Argumenten auseinanderzusetzen. Das lässt man uns spüren. Wir werden aber aufzeigen, wer die Leidtragenden dieser Kurzschlusspolitik sind, und uns im Rahmen unserer Möglichkeiten dagegen wehren.

Kann die SP im Grossen Rat angesichts der Mehrheiten überhaupt etwas bewirken?

Die SVP und die EDU folgen geschlossen ihrer Fraktionsleitung. Wenn dann wie so oft FDP und BDP mitmachen, haben sie eine Mehrheit. Ich stelle aber fest, dass die SVP nicht mit allem durchkommt. Im Gesundheits- und Bildungsbereich, aber nicht nur dort, gelingt es uns immer wieder, andere Mehrheiten hinzubekommen. Für die grossen Linien führt aber kein Weg an anderen Mehrheiten vorbei. Wir müssen zulegen.

Du hast in einem Interview gesagt, deine Lieblingsmusik sei Blues. Droht dir aufgrund der kompromisslos durchgezogenen Leistungsabbaus auf dem Buckel der Allgemeinheit nicht der Polit-Blues?

Angesichts dessen könnte es ihn wirklich geben. Aber es darf ihn nicht geben! Wir müssen uns an den kleinen Schritten freuen, mit denen wir das Leben der Leute verbessern können. Und stetig weiterkämpfen. Der Wechsel wird kommen.

Interview: Hannes Rettenmund

ELISABETH STRIFFELER IN 30 SEKUNDEN

Coop-Kind oder Migros-Kind?
Züri West oder Patent Ochsner?
Kino oder Konzert?
Velo oder Zug, Bus und Tram?
Berge oder Strand?

Je nachdem, was ich brauche
Züri West
Konzert
Zug, Bus und Tram
Berge



RÜCKBLICK AUF DIE TAGUNG DER SP FRAUEN
KANTON BERN

Als Politikerin wird Frau nicht geboren, sie wächst ins Amt



AN DER TAGUNG DER SP FRAUEN KANTON BERN ZUM THEMA «MUT ZUR MACHT» STAND DER POLITISCHE ERFOLG VON ERFAHRENTEN FRAUEN IM ZENTRUM. DIE GESTANDENEN POLITIKERINNEN BARBARA EGGER, CHANTAL BORNOZ FLÜCK UND TAMARA FUNICIELLO LIESSEN IHREN WERDEGANG REVUE PASSIEREN. WELCHE UNTERSTÜTZUNG HABEN SIE ERFAHREN UND WORAUF MUSSTEN SIE BEI IHRER POLITISCHEN KARRIERE ACHTEN? ZIEL DER JAHRESVERSAMMLUNG DER SP FRAUEN KANTON WAR ES, FRAUEN ZU EINER POLITISCHEN KANDIDATUR ZU ERMUNTERN UND DIE POLITKOMPETENZ VON FRAUEN SICHTBAR ZU MACHEN.



Ingrid Kissling-Näf,
Stadträtin Bern,
Mitglied Leitungsgremium
SP Frauen Kanton Bern

Über 50 Frauen trafen sich am 25. Februar im Generationenhaus zur Jahrestagung der SP Kanton Bern. Barbara Egger, Chantal Bornoz Flück und Tamara Funicello erzählten von ihren politischen Erfahrungen. Den Anfang machte Barbara Ruf, Gleichstellungsbeauftragte des Kantons Bern. In ihrem Einstiegsreferat zeichnete sie den Einzug der Frauen in Parlament und Regierung im Kanton Bern in den vergangenen Jahrzehnten nach: Neun Regierungsrätinnen und eine Bundesrätin waren und sind bisher aktiv, der Anteil von Frauen im Grossen Rat stagniert hingegen bei 30%.

Was muss Frau mitbringen?

Barbara Egger strich in ihrem persönlichen Rückblick hervor, dass es für eine politische Karriere Ideen, Zeit und vor allem Lust am Politisieren brauche. Auf Exekutivebene sei der Wille, gestalten zu wollen, wichtig. Die

Liebe und die Nähe zu den Menschen und zur Bevölkerung sind für sie die eigentliche Triebfeder. Berufserfahrungen seien zudem zentral für die Ausübung eines Exekutivamtes und stärkten die Glaubwürdigkeit.

Der Faktor Zufall

In den Berichten der Politikerinnen wurde deutlich, dass der Zufall in der Politik eine wichtige Rolle spielt. Eine Prise Glück gehört dazu, um die richtige Person zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu sein. Zugleich braucht es ein Umfeld, das im kritischen Moment ermutigt und unterstützt, damit Frauen die Chance beim Schopf packen wollen und können.

Was braucht es, damit sich mehr Frauen engagieren? Wie sie motivieren?

Alle Referentinnen betonten, dass Frauen weibliche Vorbilder brauchen, dass sie auf Unterstützung angewiesen und dass dafür Trainings, Mentoring und Coaching nötig sind. Aber noch viel wichtiger sei es, dass sie an ihren Netzwerken arbeiten und gegenseitig positiv voneinander sprechen. Sich gegenseitig konstruktives Feedback zu geben und die gute Nachrede sind in diesem Zusammenhang ein Muss. Speziell daran müssen wir Frauen arbeiten. Zum A und O der Solidarität gehört auch, erfolgreiche Frauen zu stüt-

zen und ihnen zu sagen, wenn etwas speziell gelungen ist.

Netzwerk, Netzwerk und nochmals Netzwerk

Der Preis für Bekanntheit und Erfolg sind leider sehr oft Anfeindungen und die Konfrontation mit Stereotypen. Umso wichtiger ist es, eine Patin/Mentorin zu haben, die das Wissen über die Funktionsweise des politischen Systems weitergibt, auf Fallstricke hinweist, die politische Newcomerin auf ihrem Weg begleitet und ehrlich Feedback gibt. Noch immer haben Frauen keinen Zugang zu männlichen Netzwerken und Seilschaften. Umso wichtiger ist es, dass sie eigene Netzwerke aufbauen und dafür sorgen, dass nicht mehr nur vereinzelte Frauen in Gremien Einsitz nehmen können.

Teilhabe baut Ungleichheit ab

Für die kommenden Grossrats- und Regierungsratswahlen 2018 setzen wir Frauen uns weiterhin für eine paritätisch zusammengesetzte Fraktion ein und verlangen, dass in allen Regionen getrennte Frauen- und Männerlisten zum Einsatz kommen. Damit tragen wir unseren Teil zum Abbau von Ungleichheit bei.

Neue Gesichter in der Grossratsfraktion

IN LETZTER ZEIT KAM ES ZU EINIGEN WECHSELN IN DER SP-GROSSRATSFRAKTION. FOLGENDE FÜNF KÖPFE SIND NEU DABEI:



CHRISTINE BLUM

(ab Juni), Oberaargau, Bereichsleiterin Stiftung Schürmatt, wohnt in Melchnau



STEFAN JORDI

Bern, Leiter Regionale Partizipation im Bundesamt für Energie



DAVID STAMPFLI

Bern, Geschäftsführender Parteisekretär



MIRJAM VEGLIO

Mittelland Nord, Betriebsökonomin, wohnt in Zollikofen



DANIEL WILDHABER

Mittelland Süd, Schulleiter, wohnt in Rubigen

AGENDA

Kantonale Parteitage

Samstag, 26. August 2017,
10–15 Uhr in Bätterkinden
Mittwoch, 1. November 2017,
19–21.30 Uhr in Bern

Sessionen Grosser Rat

Junisession: 6.–15. Juni

Kundgebung «Stopp Sozialabbau»

Dienstag, 6. Juni, 16 Uhr, Rathausplatz Bern
Mehr Infos: www.verkehr.ch

Alle Termine auf: www.spbe.ch/agenda

Nationale Sammeltage Transparenzinitiative

Samstag, 8. April
Samstag, 13. Mai
Samstag, 10. Juni
Samstag, 1. Juli

Mitmachen bei den Sammeltagen:

<http://bit.do/sammeltage>

Auf die Verantwortung

In Zeiten von Fake-News hat es auch die Verantwortung schwer. Verantwortung ist ein Gefühl, da braucht es Herz. Es ist aber auch eine Lebenshaltung, welche Umsicht und Weitblick erfordert.

Ein Herr Nationalrat möchte die Reithalle schliessen und appelliert an das Verantwortungsgefühl des Grossen Rates, in dubio pro populo! Damit überhaupt ein dubio besteht, muss ein zweites Gutachten her. Der Stadt sollen 53 Millionen über den Finanzausgleich entzogen werden, bis die Reithalle weg ist! Hass macht blind. Wer sich auf einen Feind einschiesst, dem geht die Verhältnismässigkeit verloren.

Ein Herr Regierungsrat möchte den Tagesmüttern weniger Geld zahlen, obwohl diese eh schon wenig ver-

dienen und das Angebot für Alleinerziehende und Eltern mit unregelmässigen Arbeitszeiten enorm wichtig ist. Sparwut macht blind. Wer sich nur noch für das Geld verantwortlich fühlt, den interessieren die Menschen nicht!

Eine Partei möchte die Energiestrategie bodigen, weil diese zu teuer sein soll! Das Teure an der ganzen Sache sind jedoch die 5,6 Milliarden Franken, welche die Schweiz jährlich für Erdölimporte ausgibt. Ignoranz macht blind. Wer den Klimawandel nicht wahrhaben will, der gibt das viele Geld lieber dem Ausland, anstatt CO₂-freie Arbeitsplätze im Inland zu schaffen!

Für das Wohl eines Dorfs soll eine neue Strasse quer durch einen noch intakten Landschaftsraum gebaut werden um die Dorfdurchfahrt zu

Rote Feder

entlasten. Gäbe es für 150 Millionen nicht auch bessere Lösungen? Manchmal ist es schwer, Weitblick zu bewahren in der verbauten Schweiz!

*Kornelia Hässig Vinzens,
SP-Grossrätin Zollikofen,
Präsidentin SP Frauen
Kanton Bern*

